

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011



Manfred Groh, MdL

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In zweiter Lesung sprechen wir heute über den Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011. Nach der Finanzausschusssitzung am 20. Januar, bei der wir den Dritten Nachtrag im Einzelnen erörtert haben, sind noch weitere Anträge erforderlich geworden. Ich möchte an dieser Stelle drei Anträge besonders hervorheben, um den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass die CDU-Landtagsfraktion auch auf aktuelle Ereignisse, wie ich meine, sehr schnell und auch sehr gut reagieren kann.

Viele Straßen, auch Landesstraßen, haben unter dem Winter besonders gelitten. Einige Schlaglöcher sind dazugekommen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, speziell für diese Schadensregulierung die Mittel für die Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau nochmals um 15 Millionen € aufzustocken. Zusammen sind es nun 55 Millionen € im Jahr 2011. Dies ist auch ein Beitrag zur Nachhaltigkeit, weil wir damit Landesvermögen in Form von Straßen für die Zukunft erhalten.

Noch wichtiger für die Zukunft ist allerdings, weil das in der Verantwortung für die kommenden Generationen liegt, eine nochmalige Absenkung der Nettoneuverschuldung im Jahr 2011. Sie alle erinnern sich sicher: Im Urhaushalt 2010/2011 mussten wir mit einer Neuverschuldung von 2,6 Milliarden € im Jahr 2010 und 2,1 Milliarden € im Jahr 2011 planen. Allerdings haben wir diesen Haushalt in einer Zeit beschlossen, in der uns Baden-Württembergern die Beben der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sehr ordentlich durchgeschüttelt haben. Aus jetziger Betrachtung haben wir die Amplituden dieses Bebens möglicherweise härter empfunden, als sie sich im Nachhinein gezeigt haben. Aus damaliger Sicht indes war die sehr hohe Verschuldung notwendig, um den Haushaltsausgleich zu gewährleisten, aber auch um Impulse und Anreize für die Wirtschaft zu geben.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern – ich blicke hier beispielsweise nach Nordrhein-Westfalen – sind wir aber nicht auf diesem Stand verharret und haben das durch die Kreditaufnahme vorhandene Geld ausgegeben. Wir haben vielmehr entlang der Entwicklungen der Krise und der Auswirkungen für Baden-Württemberg nachgesteuert, und wir haben nach dem Anspringen der Wirtschaft ein zusätzliches Sparprogramm in Höhe von 500 Millionen € verkündet. Dies werden wir umsetzen.

Einen sehr beachtlichen Teil dieser Einsparungen in Höhe von 500 Millionen €, meine Damen und Herren, verlangen wir unserer Beamtenschaft ab. Gerade im Hinblick auf den Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben von etwa 45 % – das sind immerhin rund 14,5 Milliarden € – scheint dies auch nicht unbillig zu sein. Wir nehmen den Bediensteten weder vom Brutto- noch vom Nettogehalt etwas weg, sondern werden Vorschläge umsetzen, die von Freiwilligkeit, Mitwirkungsmöglichkeiten und Vertrauensschutz geprägt sind.

Die Beihilfe und die Besoldung bleiben unangetastet. Das sage ich besonders an die Adresse der Grünen, die ständig die unsoziale Absicht, Herr Schlachter, bei Besoldung, Versorgung und Beihilfe zu kürzen, verlauten lassen und entsprechende Maßnahmen fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Die Beihilfe, die Versorgung und die Besoldung sind Zeichen unserer Wertschätzung für die hervorragenden, herausragenden Leistungen unserer Beamtenschaft und bleiben daher unberührt.

Ich nenne aber bei den Personalmaßnahmen ganz konkret den Einstieg in ein freiwilliges, differenziertes Lebensarbeitszeitkonto. Meine Damen und Herren, das ist einmalig und bundesweit beispielgebend. Die CDU-Landtagsfraktion hat hier Zeichen gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Baden-Württemberg übernimmt als Geberland im Länderfinanzausgleich bundesweite Verantwortung bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Wir werden morgen noch Gelegenheit haben, uns ausgiebig über den Länderfinanzausgleich zu unterhalten. Plötzlich meinen sogar die Grünen, dass es angebracht wäre, gegen den Finanzausgleich zu klagen. Man höre und staune.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Seit wann?)

– Das ist in der Presse veröffentlicht. Ich kann es Ihnen vorlesen.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir gehen also nicht den Weg verfassungswidriger Haushalte, wir gehen auch nicht den Weg des Ignorierens von Defiziten. Vor allem erlauben wir uns keine Sonderleistungen wie den unentgeltlichen Schulbus, nur weil es populär ist und der SPD in Rheinland-Pfalz vermeintlich zum Wahlsieg verhilft.

Ein Sparprogramm kurz vor einer entscheidenden Landtagswahl zu beschließen und umzusetzen, meine Damen und Herren, zeigt politischen Mut und politischen Gestaltungswillen. Auf den ersten Blick – auch hier lohnt sich wiederum die Sicht nach Nordrhein-Westfalen – ist es sicherlich ein einfacherer Weg, Versprechungen zu machen und mit dem goldenen Füllhorn übers Land zu ziehen, um den Wählerinnen und Wählern auf Pump und zulasten kommender Generationen Geschenke zu machen. Über Geschenke beschwert sich niemand. Bei erforderlichen Einsparungen ist sicherlich etwas mehr politische Argumentation notwendig, vor allem aber auch mehr substantielle Seriosität. Mit uns, der CDU-Fraktion, gibt es keine unsolide Haushaltspolitik, keine Wahlgeschenke auf Pump. Das möchte ich nochmals besonders betonen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist kein Geheimnis, dass wir in den kommenden Jahren eine strukturelle Unterdeckung bewältigen müssen. Die mittelfristige Finanzplanung, die heute ebenfalls auf unserer Tagesordnung steht, weist diese strukturelle Unterdeckung sehr deutlich aus. Umso wichtiger ist es allerdings, dass die Nettoneuverschuldung weiter abgesenkt wird. Ich bin mir sicher, dass nicht nur den Menschen in Baden-Württemberg klar ist, dass auch der Staat nur das ausgeben darf, was er an Einnahmen erzielt.

Verantwortung gegenüber der Bevölkerung heißt für uns Christdemokraten auch besondere Rücksichtnahme auf die junge Generation, auf unsere Kinder. Das hat etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Deshalb werden wir nahezu alle Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Kreditaufnahme verwenden. Wir haben aber auch mit dem strukturellen Sparkatalog – ich nannte ihn bereits – im Umfang von 500 Millionen € ein Zeichen in diese Richtung gesetzt.

Ab dem Jahr 2020 dürfen wir, wie Sie wissen, keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Es ist aber zu spät, erst im Jahr 2017 oder gar erst im Jahr 2019 aufzuwachen. Dann reibt man sich verwundert die Augen und stellt fest, dass es gar nicht mehr möglich ist, dem Verschuldungsverbot Folge zu leisten.

Daher ist es ein sehr wichtiges politisches Symbol, jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung wieder deutlich einen Konsolidierungskurs mit dem Ziel der Nullneuverschuldung ab 2014 aufzuzeigen.

Im Urhaushalt 2010/2011 haben wir – ich habe es bereits erwähnt – mit einer Neuverschuldung von 2,6 Milliarden € bzw. 2,1 Milliarden € geplant und der Regierung entsprechende Kreditermächtigungen eingeräumt. Durch das Anspringen der Steuereinnahmen, insbesondere aber auch durch einen maßvollen Vollzug des Haushalts ist es uns gelungen, den Kreditrahmen für 2010 nur zu 1,6 Milliarden € auszuschöpfen. Für 2011 senken wir heute die Neuverschuldung auf insgesamt ganze 0,8 Milliarden €.

Sie, sehr geehrter Herr Kollege Schmiedel, haben uns in der ersten Lesung des Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan am 15. Dezember 2010 – ich hoffe, Sie erinnern sich noch –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

vorgeworfen, wir hätten zu großzügig erklärt, die Neuverschuldung werde halbiert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Richtig!)

Ungeachtet dessen, dass es uns damals nur um die Darstellung der Größenordnung gegangen ist, kann ich Ihnen heute sagen, sehr geehrter Herr Schmiedel: Rechnen Sie abermals nach. Dann werden Sie feststellen: Es ist eine Absenkung von 4,7 Milliarden € auf 2,4 Milliarden €.

Nach dem durch die Föderalismuskommission II beschlossenen Schuldenverbot dürfen die Länder ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung erreichen wir dieses Ziel bereits sechs Jahre früher. Selbst wenn wir kurzfristig auf Schwankungen der Konjunktur oder auf sonstige Ereignisse mit neuen Schulden reagieren müssten, was derzeit nicht wahrscheinlich ist, hätten wir noch einen zeitlichen Puffer, um solche Unwägbarkeiten abzufedern. Auch hier zeigt sich wieder einmal, dass in unserem Land nur eine unionsgeführte Regierung in der Lage ist, solide Haushalte aufzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Blicken wir bei dieser Gelegenheit nur einmal beispielhaft in unser benachbartes Bundesland Rheinland-Pfalz. Hier wird es ohne einen Wechsel der Regierungsverantwortung auch keinen haushaltspolitischen Sanierungskurs geben. Ich bin mir sicher, dass die SPD durch kurzfristige Wahlgeschenke, die versprochen wurden, die Probleme im rheinland-pfälzischen Haushalt noch

verstärken, ja, ich kann sogar sagen, zementieren wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dies ist ein Weg, den Baden-Württemberg nicht mitgehen kann und auch nicht mitgehen wird und dessen Tolerierung für die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg höchst ungerecht wäre.

Wir müssen in den kommenden Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren, zusätzliche Lasten für den Haushalt schultern. Ich denke hierbei an die wachsende Zahl der Versorgungsempfänger und an die Tilgungen, die wir im Hinblick auf die Schuldenbremse vornehmen müssen. Dies sind zusätzliche Belastungen für den Haushalt, die man bei der Aufstellung künftiger Haushalte auch ordnungsgemäß berücksichtigen muss. Daher kann ich es nur wiederholen: Der jetzige Haushalt ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Dritte Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 ist jedoch nicht nur ein Haushalt des Sparens, sondern auch ein Haushalt des Gestaltens. Hierfür nehmen wir keine neuen Schulden auf – das möchte ich besonders betonen –, sondern nutzen die Haushaltsüberschüsse der Jahre 2009 und 2010.

Wie ich eingangs bereits erwähnt habe, werden wir im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zusätzlich 40 Millionen € in den Erhalt der Landesstraßen investieren. Heute beschließen wir, diesen Betrag von 40 Millionen € nochmals um 15 Millionen € für die Beseitigung von Winterschäden auf den Landesstraßen aufzustocken. Hier erwarte ich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg die ungeteilte Zustimmung dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die im Einzelplan 04 – das ist der Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – ausgewiesenen k.w.-Vermerke wurden in Erwartung eines zeitnahen Rückgangs der Schülerzahlen, die auf einer Prognose des Statistischen Landesamts beruht, aufgenommen. Schon seit dem Jahr 2007 wurde ihr Vollzug bei jeder Haushaltsaufstellung verschoben. Zum jetzigen Zeitpunkt ist wiederum nicht absehbar, wie sich der Rückgang der Schülerzahlen gestaltet bzw. in welchem Umfang finanzielle Ressourcen für die Qualitätsentwicklung erforderlich sind. Deshalb schlagen wir vor, den Vollzug der k.w.-Vermerke bis zum Jahr 2014 auszusetzen und sie danach in einem gestuften Verfahren zu vollziehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt bezüglich der Infrastruktur für das Land Baden-Württemberg sind die 15 Millionen € für den Ausbau der Breitbandverkabelung. Ein schneller Internetanschluss ist nicht nur für Unternehmen und Handwerk von zentraler Bedeutung, sondern ist auch für die Bürgerinnen und Bürger auf dem Land ein zentraler Standortfaktor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Für die Städtebauförderung geben wir ebenfalls 14 Millionen € mehr aus. Wir erhöhen den Zuschuss für den Flughafen Friedrichshafen um 5 Millionen € und unterstützen die Stadt Staufen mit 2 Millionen € bei der Schadensregulierung.

(Beifall der Abg. Gundolf Fleischer und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Bildung, Ausbildung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land liegen uns, wie Sie wissen, ebenfalls sehr am Herzen. Für die Bildungshäuser werden wir deshalb weitere 3,5 Millionen € zur Verfügung stellen.

Mit dem bundesweit einmaligen Förderprogramm „Singen – Bewegen – Sprechen“ haben wir für Kinder vom Kindergarten bis zur vierten Klasse ein durchgängiges, ganzheitliches musikalisches Bildungsangebot geschaffen. Damit können weitere rund 380 Standorte mit dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ erfolgreich arbeiten. Dafür stellen wir im Haushaltsjahr 2011 weitere 1,2

Millionen € zur Verfügung.

Für die überbetriebliche Ausbildung geben wir 3 Millionen € aus. Mit insgesamt 7 Millionen € starten wir ein Programm zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum aus. Probleme gibt es im ländlichen Raum insbesondere, wie Sie wissen, bei der Praxisnachfolge.

Schließlich: Für die Ausstattung und für die Überstundenvergütung bei der Polizei stellen wir weitere 5,9 Millionen € in den Haushalt ein. Dies ist auch ein Zeichen unserer Wertschätzung für die hervorragende Arbeit unserer Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In einem ersten Schritt wollen wir 60 Millionen € in die Schlüsselbranchen unseres Landes investieren und damit die Innovationskraft der Unternehmen des Landes stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dem Dritten Nachtrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, könnten Sie also jederzeit die Überschrift „Verantwortung vor Populismus“ oder – wir können es auch anders ausdrücken – „Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern statt haushalterischer Luftbucherei“ oder „Generationengerechtigkeit durch nachhaltige Investitionen statt billiger Wahlgeschenke“ geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.